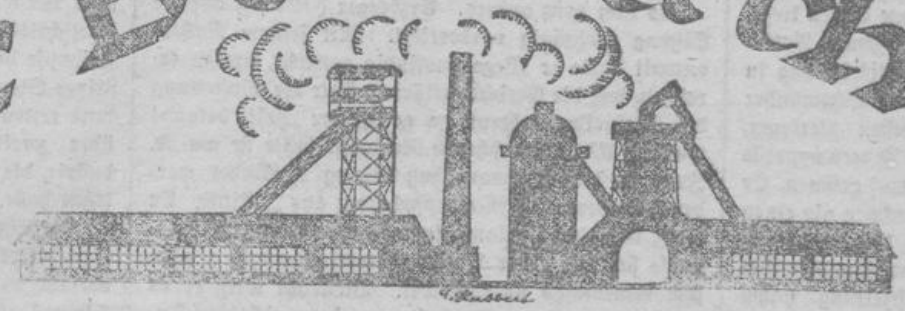
Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 3. Sept. 1921	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	36. Folge

Inhalt der Nummer:

Erzberger und kein Ende. Von Dr. Eduard Stadtler. (Schluß.)
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von Dr. Hans Kruse. (Forts.)
Die Mahnung des Sedantages. Von Dr. Paul Ostwald, Berlin.
Dr. Stresemann über den Wert mittelständischer Arbeit.
Das Beamtentum im Mittelstand.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Erzberger und kein Ende.

Von Dr. Eduard Stadtler.

(Vorbemerkung.)

Der von uns in Nr. 35 dieser Wochenschrift begonnene Aufsatz „Erzberger und kein Ende" wurde überholt von der Nachricht von dem furchtbaren gewaltsamen Ende dieses Mannes.

Unser Kampf gegen sein Wirken, das wir für verderblich hielten, galt nicht der Person, sondern der Sache oder der Geistesrichtung, zu deren Exponent er sich mit der ganzen robusten Aktivität seiner Persönlichkeit gemacht hatte. Wenn man in diesem Kampf häufig nicht an der Person Erzbergers vorbeigehen konnte, so lag das an dem Wesen des Mannes, der seine viel umstrittene Persönlichkeit nicht zurücktreten lassen konnte. Von einer groß angelegten Aufklärungstätigkeit über sein unheilvolles Wirken und das der Kräfte um ihn erhofften wir eine allmähliche Gesundung und Umwandlung unseres ganzen politischen Lebens. Mit rauher Hand haben haßverblendete Meuchelmörder in diese von uns gewollte organische Entwicklung eingegriffen und sie jäh aufgehalten. Wir verurteilen die verabscheuenswürdige Tat, möge sie ihren Ursprung haben in kranken Hirnen links- oder rechtsradikaler Extremisten, auf das Schärfste. Denn wir sind jeder gewaltsamen Entwicklung abhold. Und Erneuerung von Volk und Staat kann nur geboren werden aus tiefster Einsicht und aus der Besinnung heraus, daß die herkömmlichen Formen unseres parteipolitischen Lebens überlebt sind und wir die verwilderten Sitten unseres öffentlichen Lebens abstreifen müssen.

Statt dessen reißt der Ermordete noch im Tode die Kluft in unserem armen Volke nur noch tiefer und weiter. Anstatt zur Besinnung und Umkehr zu mahnen, suchen seine linksradikalen Anhänger und verblendeten Nachläufer westlerischer Formaldemokratie das Ereignis nur parteipolitisch-demagogisch auszumünzen. Bruderkampf und Bürgerkrieg werden an die Wand gemalt. Die Männer der famosen Erfüllungsregierung sprechen von deren Möglichkeit, anstatt zum Maßhalten und Zusammenstehen zu mahnen. In edlem Wetteifer mit „Germania", „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt" versteigt sich die mehrheitssozialdemokratische „Sozialistische Korrespondenz", die Einpeitscherin der ganzen radikalen Presse, zu folgenden blutrünstigen Tiraden, die denn auch von der kommunistischen Berliner „Roten Fahne" auf der ersten Seite sozusagen als Leitartikel nachgedruckt wurden:

Sie schreibt u. a.: „Bitte, keine Täuschung: Nun weiß jeder deutsche Arbeiter ganz deutlich, ganz klar, ganz fürchterlich klar, daß die Henkersknechte, Banditen des Weltkrieges, die größten Schurken der deutschen Geschichte, systematisch, planmäßig die Führer der Linksparteien, die Führer, die ein neues Deutschland schaffen wollten, ermorden. Die Folgen der Ermordung Erzbergers werden katastrophal sein für Deutschland. Der Arbeiterschaft bemächtigt sich ein kalter Haß gegen die Hetzer in den Rechtsparteien, die den Mord auf dem Gewissen haben. Das ist der Dank für die Mäßigung der viehisch und schamlos gequälten Proletarier, die im November 1918, als die Canaille der Rechtsparteien sich verkroch, die Schuldigen nicht an die Mauer stellten, wie sie es verdienten . . . Die sozialistischen Arbeiter erwarten, daß endlich von ihren Führern unbarmherzig durchgegriffen wird . . . Helfferich hat mit seiner Hetze Erfolg gehabt, großen Erfolg. Nun ist der Mann tot, der, wenn irgendeiner, heute der stärkste Mittler zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft war. Wird Dr. Wirth im Geiste Erzbergers weiterkämpfen? Wenn ja, dann werden die Meuchelmörder zu weiteren Schandtaten greifen, wenn nein, dann steht Deutschland Fürchterliches bevor. Die Ermordung Erzbergers ist ein Signal. Keine Täuschung! Wir sind auf dem Wege zu einer schweren, blutigen Auseinandersetzung."

Diese an Landesverrat grenzende Aufforderung zu Bürgerkrieg und neuer Revolution und die verantwortungslose Hetze der gesamten Linkspresse beweist am besten, daß mit Erzberger nicht auch sein Geist uns verlassen hat. Er wird vielmehr noch lange nachwirken und deshalb fahren wir in unserer Veröffentlichung fort, weil sie nicht der Person des Ermordeten galt, sondern der von ihm an vorderster Stelle vertretenen falschen geistigen Einstellung weiter Kreise unseres armen deutschen Volkes, dem wir auch hiermit nur dienen wollen.

(Schluß.)

Den Erfolgen Erzbergers in der massendemagogischen Arbeit entsprachen die Erfolge in den Sphären der hohen Politik. Das Kabinett Fehrenbach-Simons erlag tatsächlich dem doppelten Druck von links und rechts im Innern und dem gleichzeitigen Ansturm der Entente. Erzbergers Schützling Wirth erreichte die Führung des Reiches. Auch der Kandidat Erzbergers für das Außenministerium, Dr. Rosen, setzte sich durch. Die Deutsche Volkspartei schied aus der Reichsregierung aus. Die Mehrheitssozialdemokratie trat ein. Die Unabhängigen stellten sich erwartungsvoll zur Seite. Das Kabinett Stegerwald in Preußen wurde von links her bestürmt. Auch in Bayern kriselte es ob der Entwaffnung. Die Politik der sklavischen Erfüllung unter Preisgabe jeglichen nationalen Widerstandes ward zum offiziellen Inhalt der Reichspolitik. Erzberger konnte zufrieden sein, schon sahen jene Kreise, die für politische Tageskonjunktur die feine Witterung und die entsprechend feine Nase haben, Erzbergers Wiederkehr. Großmanns „Tagebuch" jubelte ihm zu. Die „Weltbühne" schrieb keck, sie werde zu Ehren Erzbergers flaggen. Die „Welt am Montag" begrüßte feierlichst den Führer der Defaitistenfront. Die radikal-sozialistische Presse verneigte sich in tiefster Ehrfurcht vor ihrem kommenden Mann.

Ein Skandal! Ein Gerichtsurteil drückt Erzberger in die tiefsten Tiefen des Schmutzes hinunter. Die Zentrumspartei verhüllt sich darob vor Scham. Sie wagt zwar nicht, ihn hinauszuwerfen, verlangt aber von ihm den Verzicht auf die Ausübung seiner parlamentarischen Rechte. Was tut Erzberger? Er ruft seiner eigenen Partei frech das Sprüchlein eines Götz von Berlichingen zu, stürzt sich mit voller Kraft in die politische Arena, hält überall Versammlungen ab, hetzt die Zentrumsmassen gegen ihre derzeitige Führung auf, treibt in allem gegen das Zentrum eine eigene Zielpolitik und vermählt sich geradezu mit der Sozialdemokratie, um wieder zur Macht zu gelangen.

Kein Wunder, daß darob in der Zentrumspartei eine Krisis ausbrach. Der Reichskanzler Fehrenbach erklärte in seiner allerdings nur persönlich zugespitz-

ten Wut, daß er mit Erzberger niemals mehr an einem Tisch sitzen würde. Die „Kölnische Volkszeitung", die ihren Feind aus dem Jahre 1917 seit geraumer Zeit mehr wie schonend behandelt hatte, veröffentlichte einen Redaktionsartikel gegen ihn, der mit den Worten schloß: Es müßte baldigst Klarheit geschaffen werden, je länger man die Dinge laufen ließe, desto schlimmer würden sie. Die „Essener Volkszeitung" ward noch deutlicher. Der Artikel klang in den Ruf aus: Hinweg mit ihm! Auch das Dortmunder Zentrumsorgan, die „Tremonia", dessen Verleger, Herr Lensing, in der Organisation der Zentrumspresse führender Mann ist, ließ einen Alarmruf ertönen. Er bezeichnete die Politik Erzbergers schlankweg als einen Stoß ins Herz des Zentrums. Auch die Zentrumspresse in Münster (Westfalen) rief zum Kampf wider Erzberger auf. Die „Augsburger Postzeitung" nahm öffentlich gegen ihn Stellung. Selbst die „Germania" schwenkte ein, bemühte sich in einem Interview um Stegerwald und druckte ohne Kommentar Stegerwalds Erklärungen gegen Erzbergers Friedenspolitik vom Jahre 1917 und die noch deutlichere Erklärung gegen Erzbergers Linkskurs in der Frage der Umbildung des Preußenkabinetts ab. Der Arbeitsminister Dr. Brauns drängte mit Macht auf Entscheidung. Und die Presseorganisation des Zentrums, der Augustinusverein, verlangte nicht minder kategorisch eine endgültige Klärung.

Und so kam es am 29. Juni zu jener Reichsausschuß-Sitzung, von der eingangs die Rede war. Nach der Fanfare, eine Chamade. Das „Hinweg mit ihm" der „Essener Volkszeitung" verstummte. Das Zentrum ließ sich den Stoß ins Herz, von dem die „Tremonia" gesprochen hatte, wie ein Leichnam gefallen. Optimistische Gegner Erzbergers hatten vorher freudestrahlend verkündet, daß 80 Prozent der Mitglieder des Reichsausschusses Gegner Erzbergers seien und mit ihm gehörig umspringen würden. Man konnte auch vielfach vorher die These vernehmen, daß der Beschluß des Reichsausschusses gegen Erzberger schon im voraus festgelegt worden sei, daß die Sitzung vom 29. Juni nur eine Formsache werden würde.

Es kam ganz anders. Erzberger hatte sich auf die Sitzung großzügig vorbereitet. Mit seinem Rechtsanwalt hatte er Wege ausfindig gemacht, um zu erreichen, daß die Gerichtserklärung über die Einstellung des Meineidverfahrens zu geeigneter Zeit bekannt wurde. Als überraschende Neuigkeit sollte sie am 29. Juni in der Reichsausschuß-Sitzung verkündet werden. Erzberger ist Massenpsychologe aus Instinkt. Er weiß, daß eine Parlamentsmasse oder eine Fraktionsmasse sich von einer Volksversammlungsmasse psychosisch keineswegs unterscheidet. Vielleicht weiß er es auch nicht. Aber er handelt aus einem richtigen Instinkt, als ob er es wüßte. Die Gerichtserklärung mußte jedenfalls massenpsychologisch Wunder wirken. Seine eigenen Anhänger konnten darob in Verzückung geraten. Aus der Defensive durften sie zur Offensive übergehen. Er selbst wollte mit der Gloriole des „Unschuldigen" die dicke Luft des in Moabit um ihn gelegten Gerichtsurteils wie eine Sonne durchbrechen. Wunderbar! Erzberger hatte auch dafür gesorgt, daß der Reichskanzler Wirth in seiner Front aufmarschierte. Wenige Tage vorher hatte er sich mit ihm geheimnisvoll getroffen (geheimnisvoll deswegen, weil der Reichskanzler Wirth urbi et orbi verkündet, daß er mit Erzberger gar nichts, aber auch gar nichts zu tun habe!). In jener Zusammenkunft wurde die Reichsausschuß-Sitzung vorweggenommen. Dem Nachfolger Bismarcks wurde von dem gerichtsnotorisch unwahrhaftigen, unanständigen und korrupten Herrn Erzberger die Aufgabe zugedacht, auf dem Hintergrund von staatsmännischen Redensarten über die Sanktionen im Westen und die oberschlesische Not die Einigkeit der Partei aufleuchten zu lassen. Damit sollte gute Atmosphäre geschaffen werden. Erzberger hatte auch seine württembergischen Freunde als Claque instruiert. Für die badische Resonanz war gesorgt. Das Musterländle sollte für den Mann des deutschen Fortschritts den Fürsprecher stellen. Die stärksten Trümpfe hielt Erzberger selbst in der Hand: Sein positives Steuer- und Wirtschaftsprogramm, das Deutschland retten sollte und — geheimnisvolle Mitteilungen über zweideutige Finanzierungsangebote der Industrie, die er natürlich mit einem Pfui Teufel! abgelehnt habe.

Die Sitzung verlief nach der Regie Erzbergers. Die Gerichtserklärung über die Einstellung des Meineidsverfahrens kam wie ein Pfingstwunder aus heiterem Himmel und löste Erzbergers Zunge. Er hatte einmal wieder einen „großen Tag". Kein Gegner war ihm gewachsen. Der abgearbeitete Arbeitsminister Dr. Brauns konnte ebensowenig zum Schlag ausholen, wie Stegerwald. Auch der alte Spahn entwickelte keinen Kampfwillen. Fehrenbach, der wütige Gegner, drückte sich sogar von der Sitzung. Und die große Masse fiel auf die Regiekunst und das Erzbergersche Mundwerk herein. Erzberger konnte nach „geschaffter Sache" triumphierend nach Hause gehen. Veni vidi vici.

*

Die Parteiinstanz, die über Erzberger richten sollte, hat sich vor seiner Kraft gebeugt. Statt ihm den Weg zu versperren, hat sie ihm die Bahn wieder frei gemacht. In einer Polemik mit den Gegnern Erzbergers betont die „Germania", daß die politische Zurückhaltung Erzbergers sich nur auf die rein parlamentarische Tätigkeit beziehe, für die Massenagitation und die außerparlamentarisch-politische Tätigkeit

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823—1836.

Von **Dr. Hans Kruse,** Siegen.

32) (Fortsetzung.)

Diese Unternehmungen Steins mögen in der Tat seine Kräfte stärker in Anspruch genommen haben, als es die Interessen des Bergwerksvereins zuließen, und so scheint es verständlich, daß man in Elberfeld unwillig wurde, um so mehr, als die Ausbeute ausblieb und die Aktien im Laufe des Jahres 1827 von 150 auf 90 fielen. So hatte die Direktion wiederholt Wechsel, welche die Agentschaft in Mexiko auf sie ausgezahlt hatte, nicht anerkannt und in der Generalversammlung vom 7. Oktober 1826 wurde ein Prüfungsausschuß, dem Johann Peter von Rath, Johann Adolf von Carnap, Wilhelm Trost-Simons, Friedrich Wilhelm Siebel und Friedrich Platzhoff angehörten, damit beauftragt, die Bücher, Briefe und Instruktionen des Vereins genau zu prüfen und der Generalversammlung, die auf den 16. Oktober vertagt wurde, eingehend zu berichten. Diese Versammlung beschloß auf Grund des Berichtes jenes Prüfungsausschusses, die oben schon erwähnte 35prozentige Zubuße und die Anerkennung der von der Rheinisch-Westindischen Kompagnie übernommenen Wechsel in Höhe von 144 000 Talern. Den wichtigsten Vorschlag aber machte der Prüfungsausschuß mit folgendem Antrag: „Vor allen Dingen aber die Absendung einer Kommission, bestehend aus zwei sachkundigen, gewandten und bekannt rechtschaffenen Männern, und zwar in der Person eines königlich preußischen Bergbeamten, welcher im Dienste des Staates verbleibt und für welchen Urlaub bei der hohen Behörde nachzusuchen sein wird, sowie eines anderen tüchtigen Bergbaukundigen, dessen der Verein nach dem Absterben des Bergmeisters Stein ohnehin bedarf, eine dringende Notwendigkeit, welche mit den notwendigen Vollmachten versehen, in der möglichst kürzesten Frist nach Mexiko abgehen müssen, um dort als Hauptsache:

Die Lage des Vereins im Allgemeinen zu untersuchen, die für seine Rechnung angekauften Minen zu besichtigen, um mit Rücksicht auf ihre Ergiebigkeit diejenigen Gruben zu bezeichnen, welche ferner im Betrieb bleiben sollen.

Die Gruben zu bezeichnen, die außer Betrieb gesetzt werden müssen, wozu in allen Fällen jene zu rechnen sind, die ohne fernere Zwangszubuße nicht darin erhalten werden können.

Und in spätestens drei Monaten nach ihrer Ankunft in Mexiko der Direktion einen vollständigen Bericht über die Lage des Geschäfts und über die Möglichkeit eines ferneren Fortgangs mit Rücksicht auf die dazu erforderlichen Mittel und Kräfte zu erstatten."

Der Antrag wurde ohne Widerspruch angenommen, die Instruktion der nach Mexiko zu entsendenden Kommission sollte von einem technischen Konsulenten entworfen werden, dem großen Rat und dem am 7. Oktober eingesetzten Prüfungsausschuß zur Annahme vorgelegt werden.

Das Suchen nach zwei geeigneten Kommissaren scheint indessen Schwierigkeiten bereitet zu haben und so sandte man nach einem Bericht der Direktion von Ende Februar 1827 zunächst einen Baron von Karwinski, von dem es in dem Rundschreiben heißt, daß seine in 15jährigen spanischen Diensten erworbenen, vielfältig beschäftigten, praktischen Kenntnisse und sein anerkannter Charakter das volle Vertrauen der Gesellschaft in Anspruch nehme. Karwinski war am 20. Januar von Falmouth nach Veracruz in See gegangen.

Der Baron von Karwinski, über dessen Herkunft und frühere Beschäftigung die mir vorliegenden Akten keine nähere Auskunft geben, war die ungeeignetste Persönlichkeit, die man mit der heiklen Sendung beauftragen konnte. Der Agentschaft hatte man den Zweck seiner Reise scheinbar nicht näher mitgeteilt. Gustav Stein schreibt am 30. März 1827 nach Kirchen, daß der Baron, ein für den Verein bestimmtes Subjekt, dessen Bestimmung wir noch nicht kennen", auf der Reise nach der Hauptstadt sei. Karwinski lebte bald mit der ganzen Agentschaft in Mexiko und auch mit den Betriebsleitern der Gruben und Hütten in hellem Streit. Er scheint seine Mission denkbar ungeschickt angefangen zu haben. Gustav Stein schreibt, daß er bald nach seiner Ankunft alle Angestellten des Bergwerksvereins in einer alles Maß überschreitenden Weise verleumdet und beleidigt habe. Platte, den Betriebsführer der Inspektion Temascaltepec, mißhandelte er bei einem Besuche des Geschäftshauses in Mexiko mit Schlägen und Tritten. So sah sich Wilhelm Stein veranlaßt, den Verwaltungsrat zusammen zu rufen und durch diesen den Beschluß fassen zu lassen, Karwinski seines Amtes als Mitagent, als welchen ihn die Direktion offenbar hinübergesandt hatte, zu entlassen. Stein war dazu genötigt, da sämtliche Beamte des Vereins erklärten, ihre Entlassung zu nehmen, wenn Karwinski bliebe. Den Baron, der inzwischen die Gruben von Christo inspizieren wollte, ließ man dort nicht einfahren und Karl von Gerolt, der wegen kränkender Äußerungen, die Karwinski über seinen in Deutschland weilenden Bruder Fritz getan hatte, ließ ihn durch Gustav Stein zur Rede stellen und Rechenschaft fordern. Dabei kam es zwischen Gerolt und Karwinski zu Handgreiflichkeiten, bei denen nach Hundepeitsche und Pistolen gegriffen wurde.

behalte er freie Hand. Demgegenüber schrieb der „Deutsche", das Organ Stegerwalds und Dr. Brauns, daß Erzberger eine etwaige Aufnahme seiner politischen Tätigkeit von vorherigen Verhandlungen mit den maßgebenden Organen der Zentrumspartei abhängig machen müßte. Diese Interpretationen unmittelbar nach der Reichsausschußsitzung sind unverbindlicher Art, und sie zeigen nur, in welch salopper Weise der ganze Fall Erzberger gelöst worden ist.

Es war ein Mangel an jeglichem staats- und nationalpolitischen Empfinden, wenn das Zentrum die neueste Erzbergerkrise im Reichsausschuß als eine innerparteiliche Frage der Disziplin aufzufassen und zu erledigen suchte. Die pädagogischen Weisheiten an die Adresse Erzbergers haben schon früher nichts genützt, als er noch der berüchtigte „junge Mann" war. Was können sie heute gegen ihn nützen! Auch mit schönen Betrachtungen über die Einigkeit der Partei kommt man im Fall Erzberger nicht einen Schritt weiter. Diese Einigkeit ist eine rein formale Angelegenheit. Entscheidend ist die Frage, wem sie nützt, welchem Willen sie dient, welchen Zielen sie untergeordnet wird. Im Zweifelsfall dient die Parteieinheit dem stärksten Willensfaktor, der ausgesprochenen Aktivität. Ebenso belanglos für die Lösung der Frage war die juristische Findigkeit derjenigen, die den Reichsausschußbeschluß als für die Fraktion unverbindlich hinzustellen suchten. Als ob eine solche Klausel an die politische Kraft Erzbergers und an seine Vitalität heranreichte!

Hiermit komme ich zum Kern der Frage: zum Kraftverhältnis in den lebendigen Beziehungen Erzbergers zum Zentrum. Nach der üblichen formaldemokratischen Betrachtungsweise ist Erzberger unter 67 Reichstagsabgeordneten des Zentrums nur einer. Der Führer der Partei ist der Vorsitzende. Politische Richtung und Zielgebung werden durch Mehrheitsbeschlüsse festgelegt. Bei einer Beschlußfassung hat Erzberger wie jeder andere nur eine Stimme. Warum also immer von Erzberger reden! So tönt es einem aus dem Zentrum entgegen, wenn man aus nationaler Sorge auf den Schädling Erzberger, den Reichs- und Volksverderber, hinweist. Wer lebendige Dinge lebendig schaut, weiß, daß die 67 Zentrumsabgeordneten keine Zahleneinheiten sind, sondern lebendige Größen. Sie gliedern sich wieder auf Grund irrationaler Lebensbeziehungen zu kleinen Gruppen mit Eigenleben. Das ganze Zentrum stellt hinwiederum einen Organismus dar mit eigenem Leben. Im Kräftekomplex, Zentrum genannt, steht Erzberger da, nicht als Zahl sondern als Kraft. Mühelos stellt man nun fest, daß er im Zentrum die Kraft ist. Er ist zwar nicht das geistige Prinzip, noch weniger stellt er das bessere Ethos der Partei dar. Gott bewahre! Aber er ist die Kraft, die nervenmotorisch alle politischen Eindrücke wie in einem Eigenzentrum sammelt und impulsiv die Gegenbewegungen nach außen inszeniert. Das sogenannte Gehirn der Partei steht im Dienste dieser nervenmotorischen Kraft, das Ethos wird von ihr verdrängt, die formale Einigkeit ist ihr ganz untergeordnet. Als Mann der politisierenden Leidenschaft, des politischen Getues, der unerschöpflichen Betriebsamkeit nimmt Erzberger alles politische Geschehen, so wie es äußerlich sinnlich wahrnehmbar vorliegt, in seinem eigenen politischen Sinn auf und reagiert auf alle diese Eindrücke mit einem blinden Tätigkeitsdrang. Er tut immer etwas, d. h., er schafft ununterbrochen neue politische Tatbestände, verändert durch seine Aktivität das politische Milieu und stellt alle anderen vor Tatsachen. Der sogenannten Parteiführung, die man besser Parteibürokratie nennen sollte, sind die von Erzberger geschaffenen Tatbestände oft unangenehm, widersprechen sie doch fast naturnotwendig dem Geist und dem Ethos der Gesamtpartei, von der Störung der bequemen Ruhelage ganz zu schweigen. Darob entstehen immer wieder die Erzberger-Krisen in der Partei, d. h., die organischen Gruppierungen innerhalb des Parteiorganismus geraten in Spannungsverhältnisse, die Reibungen vermehren sich, die Gegensätze platzen aufeinander. Gleichzeitig entsteht eine Krisis im Verhältnis der Partei zur politischen Umwelt. Räumlich, zeitlich und psychologisch entwickeln sich die Krisen ins Unermeßliche. Innerhalb der Partei erfolgt die „Lösung" der Krisis auf Grund des irrationalen Kräfteverhältnisses, das zwischen der Partei und Erzberger besteht. Es zeigt sich dabei, daß Erzberger nicht einer unter 67 ist, sondern der Kräftigste gegenüber der Gesamtheit. Erzberger bejaht nämlich jeweils die von ihm selbst geschaffene Krisis, während seine Gegner die Krisis im Zentrum fürchten. Schon dadurch ist er im Vorteil. Mit der ihm eigenen Kampfkraft nimmt er sofort das Ringen mit allen Gegenmächten auf und stützt sich dabei auf alle Kräfte, gerade auch in anderen Parteien, die momentan in seiner Linie liegen. Die Parteiführung denkt nur an die formale Überwindung der Krisis. In den unvermeidlichen Kampf, den Erzberger bejaht, läßt sie sich widerwillig hineinziehen. Bald schließt sich automatisch der Ring der Solidarität zwischen der Partei und ihrem Erzberger. Dieser schafft ununterbrochen neue Zwangssituationen, reißt die Partei hinter sich, bis nach außen hin kein Unterschied mehr erkennbar ist. So befindet sich das Zentrum tatsächlich unter der Führung Erzbergers, obwohl es eine solche Führung formaliter weit von sich weisen würde.

Zum Beweise führe ich nur die zwei bedeutsamsten Situationen aus Erzbergers politisch-parlamentari-

---

Von dem Besitzer des Hauses schließlich hinausgeworfen, strengte Karwinski in Mexiko eine Kriminalklage wegen Mordversuchs gegen Gerolt und Gustav Stein an, ließ den in Mexiko gebliebenen Platte verhaften und die aus den Revieren bei der Agentschaft einlaufenden Briefe beschlagnahmen. Wilhelm Stein, der in den Revieren weilte, erreichte durch sein Ansehen und seine persönliche Einwirkung auf den Justizminister und den Gouverneur, daß Karwinskis Maßnahmen wieder aufgehoben wurden. Schon vorher hatte Stein über seine Absicht, Karwinski nicht neben sich gelten zu lassen, nach Elberfeld berichtet und dort war man so klug, ihn nicht zu halten.

Der Bruch zwischen dem Chefagenten und der Direktion ließ sich aber nicht länger vermeiden. Selbst die beiden Oheims von Stein, Wilhelm und Friedrich August Jung in Elberfeld, die Stein für den Bergwerksverein gewonnen hatten, hielten ihn nicht mehr Friedrich August Jung scheint selbst den Antrag auf Entlassung Steins gestellt zu haben. Ein Brief, den Gustav Stein an ihn in Wilhelms Auftrag schrieb, führte den offiziellen Bruch, dem offenbar schon ältere Familienstreitigkeiten vorangegangen waren, herbei. Die Stimmung war in Elberfeld gegen die Steins so feindlich, daß ihnen selbst der bei dem Onkel Jung weilende jüngere Bruder Carl einen kränkenden Brief schrieb.

Die Generalversammlung vom 24. Oktober 1827, an der auch Oberpräsident von Vincke teilnahm, hatte auf Antrag von Ewald Aders, der in der Frühjahrsversammlung schon für die Liquidation des Vereins und jetzt dafür eintrat, daß die zu bewilligende Zubuße eine Schlußzubuße sein sollte, der Direktion noch einmal den Auftrag erteilt, nunmehr zwei königliche Bergbeamte zur Prüfung der Lage des Vereins nach Mexiko zu entsenden. Der 8. Generalversammlung, die am 7. März 1828 in Elberfeld stattfand, konnten diese Kommissare vorgestellt werden. Es waren der Direktor des Siegner Bergamtes und der dortigen Bergschule Schmidt und der Obereinfahrer Erbreich. Das Bonner Oberbergamt, namentlich der als technischer Konsulent des Vereins fungierende Oberbergrat Heusler, waren dem Verein bei der Besorgung dieser Kommissare behilflich gewesen.

Die Generalversammlung vom Oktober 1827 hatte beschlossen, dem auszusendenden Kommissar die Untersuchung der Lage des Vereins, der Verwaltung und der Handlungen der Agentschaft zu übertragen, ohne ihm jedoch die Vollmacht zu geben, die etwa vorgefundenen Mißbräuche abzustellen, den Betrieb soweit wie notwendig einzustellen oder auszudehnen und diejenigen Beamten des Vereins, welche sich eine Vernachlässigung oder gar eine Verletzung der übernommenen Verpflichtungen zu Schulden hätten kommen lassen, zurechtzuweisen oder zu entlassen. Karwinski war nicht mit dieser Vollmacht ausgestattet gewesen und so hatte Stein ihn entlassen können. Würde man jetzt wieder so verfahren, könnte der Fall eintreten, daß über den Bericht des Kommissars ein volles Jahr vergehe. Darum schlug die Direktion vor, dem Kommissarius unbedingte Vollmacht zu erteilen, in der Hoffnung, daß er auch ohne strenge Maßregeln den Zweck seiner Sendung vollkommen erreichen werde und das Fortbestehen des Vereins, sowie einen allmählichen Rückfluß der Einschüsse sicher zu stellen. In diesem Sinne erteilte die Generalversammlung dem Bergrat Schmidt seine Vollmachten.

In dem Obereinfahrer Erbreich hatte der Verein einen erprobten, im technischen und Rechnungswesen erfahrenen Beamten gefunden, in Bergrat Schmidt einen der tüchtigsten preußischen Bergmänner, der sich zugleich als Verwaltungsbeamter sehr bewährt hatte. Da das Rechnungswesen der Agentschaft in Mexiko kaufmännisch geführt wurde und das dortige Büropersonal mit Ausnahme eines Herrn Sengstak nicht von der Direktion angestellt war, so hielt es die Direktion für zweckmäßig, der Kommission noch einen erfahrenen Kaufmann beizugeben. Als solcher wurde J. Brachetti, der langjährige Disponent der Amsterdamer Handlung Elmenhorst, Westermann u. Co. von der Direktion vorgeschlagen. Weiter sollte noch der Sohn des Bergrats Schmidt mit hinübergehen, der in dem von Bergrat Uenzel in Siegen erfundenen Entsilberungsverfahren ausgebildet war, und dem schon früher entsandten Herrn von Albertini bei der Einführung und Anwendung behilflich sein sollte.

Die Generalversammlung, die eine weitere Zubuße beschloß und den Aktionären eine Bilanz der Gesellschaft vorlegte, wählte an Stelle der ihr Amt niederlegenden oder durch Loos ausscheidenden Direktoren Cramer-Wuppermann, Peill und Kamp die Herren P. von Rath, Joh. Adolph von Carnap und August von der Heydt.

Ehe wir die Schicksale des Bergwerksvereins weiter verfolgen, wenden wir uns nun den Briefen des Bergrats Schmidt und seines Sohnes zu. Sie begleiten uns noch einmal über den Ozean in das wunderbare Land, das seit Alexander von Humboldts Reisen so viele Deutsche angezogen hat, das damals die Elberfelder Kaufleute und mit ihnen viele deutsche kleine und große Kapitalisten mit seinem Silberfieber angesteckt hatte, das manchem der besten deutschen Patrioten eine Zufluchtsstätte wurde und das auch heute wieder für viele Deutsche ein Land der Sehnsucht geworden ist. Den Briefen, die in mancher Hinsicht als eine Fortsetzung der Briefe Grubes gelten können, sei zu ihrem besseren Verständnis noch das vorausgesandt, was über den Bergrat Schmidt und seine Frau, an welche sie gerichtet sind, wissenswert ist, sowie ein kurzer Überblick über die wichtigsten Maßnahmen, welche Schmidt in Mexiko traf.

(Fortsetzung folgt.)

scher Geschichte an. Im Jahre 1905/06 (Erzberger war erst zwei Jahre im Parlament, ein 29jähriger Reichstagsabgeordneter) mußte das ehrwürdige alte Zentrum erleben, daß ein „junger Mann" die Partei in einen unerhörten Kampf gegen die Reichsregierung hineinzog, und dabei eine völlige Umwälzung der gesamten parlamentarisch-politischen Verhältnisse heraufbeschwor. Die Zentrumsführung sträubte sich innerlich gegen die von Erzberger geschaffene Wendung der Dinge. Es half nichts. Die Erzberger-Demagogie setzte sich durch. Die damals geradezu unsinnige Verbindung mit der Sozialdemokratie setzte sich durch. Erst um das Jahr 1909/10 war die erste große Erzberger-Krisis in der Partei und im Reich einigermaßen überwunden. Die unabsehbaren Folgen können wir erst heute im Revolutionsregime erkennen. Noch bedeutsamer war Erzbergers Eingriff in die politische Führung des Weltkrieges. Jedermann weiß noch, wie Erzberger im Jahre 1917 die Krisis in der eigenen Partei hochtrieb und auch die vollen Auswirkungen in der Reichspolitik herausarbeitete. Die Partei drohte damals auseinander zu fallen. Bethmann Hollweg stürzte. Der innere Zweifrontenkrieg fing an. Erzberger stand lächelnd inmitten dieser Krisis, bejahte sie, spielte mit ihr. Die Partei konnte ihren Unwillen, ihren Widerwillen nicht verbergen. Es half wieder nichts. Erzbergers Defaitismus setzte sich durch. Und so wurde er auch äußerlich zum Führer jener Zusammenbruchs-Revolution, die aus der Defaitismuskrisis von 1917 entstand.

Heute liegen die Dinge ähnlich. Nach dem revolutionären Zusammenbruch besann sich allmählich die Nation auf ihre besten Kräfte. Der Rückschlag nach der Kapp-Krisis verlangsamte nur das Tempo, ohne zunächst die Entwicklungslinie zu brechen. Im Volk wurde die Besinnung der nationalen Selbstbehauptung lebendig. Von Bayern her schuf sich die Nation neuartige Zentren staatlicher Macht. Auch die Volkswirtschaft entwickelte aus kraftvoller Führerleistung und unverdrossener Volksarbeit staatsbildende Kräfte. Selbst im Rahmen der parlamentarischen Parteien machte sich der sogenannte Rechtsruck, das Gefühl der staatspolitischen Verantwortung immer stärker bemerkbar. Schon hatte Bayern seine Rechtsregierung. Das Ministerium Stegerwald leitete in Preußen eine ähnliche Entwicklung ein. Anfangs schien auch das Kabinett Fehrenbach-Simons den richtigen Dreh nehmen zu wollen. Zum mindesten bestand die Hoffnung, daß von Bayern und von Preußen her eine starke Reichsgewalt auch durch das Reichsparlament verwirklicht würde. In dieser Situation vermochte Erzberger entgegen dem Geiste, entgegen dem Ethos, entgegen den inneren politischen Tendenzen der eigenen Partei, vor allem entgegen dem nationalen Selbstbehauptungswillen der Nation eine ganze Reihe von politischen Tatbeständen zu schaffen, die alles umzuwerfen drohten. Er drängte mit aller Gewalt das Zentrum nach links. Er entfesselte auf der ganzen Linie den defaitistischen Pazifismus, um die nationale Widerstandsgesinnung zu brechen. Mit Scheidemann, Parvus-Helphand und Breitscheid schmiedete er die Klassenfront des Proletariats. Von neuem warf er die Sozialisierungsfrage in die Masse. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei verfolgte er mit seinem Ingrimm. Den Bayern sagte er Fehde an, weil sie die Keimzelle des Widerstandes und des Wiederaufbaues bildeten. In der Frage des Londoner Ultimatums verlangte er kategorisch die glatte Annahme. Auf dem Umwege über die Mehrheitssozialdemokratie oktroyierte er seiner Partei, trotz Protest der Deutschen Volkspartei, Wirth als Reichskanzler auf. Es war nur ein minimaler Ausschnitt dieser Politik, wenn er gleichzeitig innerhalb der Zentrumspartei eine Massenagitation entfaltete, die sich unmittelbar gegen die Politik der Zentrumsführer richtete.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei hat die politische Gesamtsituation gar nicht erkannt, als er den neuesten Fall Erzberger mit dem Schlagwort „Disziplinwidrigkeit" abzutun versuchte. Jedenfalls hatte er nicht den Mut, die Dinge beim Namen zu nennen. Den Gegensatz zwischen der Politik Erzbergers und der Politik der Zentrumsführung arbeitete niemand klar heraus. Die Situation ist im Augenblick einfach folgende: Die heutige demokratische Mitte ist im Reichstag politisch nicht tragfähig. Sie bedarf des Rückhaltes. Die Zentrumspartei möchte den Anschluß rechts nehmen, ohne allerdings links die Anlehnung zu verlieren. Erzberger will umgekehrt den festen Anschluß nach links, gegen rechts den offenen Kampf. Das Zentrum möchte der Regierung in Bayern keine Schwierigkeiten machen. Erzberger will sie stürzen. Das Zentrum möchte die Politik Stegerwalds in Preußen festhalten und stärken. Erzberger will die Preußenregierung unter die Führung der Sozialdemokraten bringen. Das Zentrum möchte Erzberger möglichst vom Parlament fern halten. Erzberger drängt mit Hilfe der Sozialdemokratie zur Führung im Reich. Wer wollte sagen, daß es sich hierbei um Disziplinwidrigkeiten handelt! Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als eine Reichskrisis im Umfange derjenigen von 1906–10 und derjenigen von 1917—19. Und in dieser Krisis stellt sich das Zentrum hinter Erzberger! Das Zentrum „möchte", Erzberger aber „will".

Schon im kommenden Herbst wird die Krisis ihre gewaltigen Wirkungen zeigen. Sie kann die leichtere Form von äußerst erregten Wahlen nehmen, wie im Jahre 1906. Sie kann aber auch in unserem geschwächten Volksorganismus zu einer neuen Revolution führen, wie im Jahre 1918.

Die Mahnung des Sedantages.

Von **Dr. Paul Ostwald**, Berlin.

Es gab schon vor dem Krige nicht geringe Kreise in unserem Volke, die da meinten, die Rücksicht auf die „ritterliche" Nation der Franzosen fordere es, daß wir mit Stillschweigen über den Sedantag hinweggehen müßten. Vermutlich werden nun heute infolge der Novemberrevolution noch größere Kreise erst recht von der Notwendigkeit, den 2. Septbr. des Jahres 1870 zu vergessen, ernstlich durchdrungen sein, denn er erinnert ja schließlich immer an ein unter der „militaristischen" Führung Preußens stehendes Deutschland, und er erinnert weiter an einen Bismarck, der Deutschland ja so verkehrte Bahnen wies und den man mit Revolution und Weimarer Verfassung nun glücklich überwunden zu haben meint. Doch wir, die wir uns nicht zu diesen politisch „Fortgeschritteneren" rechnen können und wollen und die wir immer noch in einer allerdings als rückständig erklärten Weise den Blick in die Vergangenheit werfen, um aus ihr für die Gegenwart und Zukunft zu lernen, wir werden den Sedantag doch zu uns sprechen lassen. Er hat uns vielleicht doch manches gerade in der gegenwärtigen Zeit zu sagen.

Denn wer es sonst noch nicht gemerkt hat, dem dürfte es vielleicht durch die neue Broschüre des baltischen Philosophen, des Grafen Keyserling*), zum Bewußtsein gebracht werden, in welchen Bahnen politischer Verbildung sich Angehörige bester deutscher Intelligenz bewegen. Es ist das eine Gefahr, die nicht schwer genug eingeschätzt werden kann, denn unser Volk braucht Männer und Führer, die einen klaren Blick für die Realitäten des Lebens haben, nicht aber solche, die ihm von Dingen vorschwärmen und vorträumen, die nicht sind. Blinden Blindenführern sind die vergleichbar, die das Bittere und Traurige unserer Zeit nicht als bitter und traurig ansehen wollen, sondern die, wie Graf Keyserling es in typischer Weise tut, mit Hilfe philosophischer Ideen und Prinzipien unseren Zusammenbruch als notwendige und deshalb auch als zu begrüßende Vorbedingung für eine bessere Zukunft darstellen. Denn endlich würden wir doch wohl gelernt haben, daß wir mit einem Streben nach Machtpolitik niemals etwas erreichen würden, und würden deshalb unsere Aufgabe, nur in ideeller Hinsicht etwas zu leisten, jetzt erkannt haben. Ob die einen uns mit dem baltischen Philosophen eine Mission in der Lösung der sozialen Frage zuschreiben, ob die anderen uns eine solche in bezug auf die Führung in Wissenschaft und Kunst andichten, tut dabei nichts zur Sache. Es gilt in jedem Falle Keyserlings Begründung: „Der Sieg hat die Mitglieder der Entente psychologisch und ideell um gute 50 Jahre zurückgeworfen. Einige unter ihnen sind neuerdings in einem Maße reaktionär, das ihnen die Zukunft recht eigentlich abschneidet: die Behandlung, welche Deutschland seit dem Waffenstillstandsangebot erfuhr, macht aus ihm einen Märtyrer allergrößten Stils, und es gibt nichts Mächtigeres auf dieser Welt." Nimmt man noch hinzu, daß „wir in eine Geschichtsperiode einmünden, deren wesentlichster Zug wohl der ist, daß das Politische in ihr unaufhaltsam an Bedeutung verliert, so ist erst recht nicht einzusehen, was wir überhaupt noch mit Politik, „die eo ipso Machtpolitik ist", noch wollen.

Nicht scharf genug kann gegen solche Darstellungen unserer wirklichen Lage und gegen solche Folgerungen Front gemacht werden, da sie jeden gesunden Daseinswillen in unserem Volke lähmen müssen. Wir haben in ihnen ein schwer wirkendes Gift zu sehen, welches jedes Neuerwachen der Erkenntnis im deutschen Volke untergräbt, daß eine neue Zukunft uns nur vom nationalen Machtstaat her erwachsen kann. Denn es ist nun einmal nicht anders, als daß wir soziale und kulturelle Missionen wohl erst dann auszuführen imstande sein werden, wenn wir im eigenen Hause wieder Herren sind, daß wir an die Lösung ideeller Probleme erst dann werden zu denken vermögen, wenn wir das politische, wirtschaftliche und kulturelle Sklavenjoch haben abschütteln können. Solange wir geknebelt am Boden liegen und uns die Freiheit des Handelns genommen ist, solange wird auch die Welt- und Menschheitskultur wenig Förderung von unserer Seite genießen. Denn wie unsere Feinde ihre politische Übermacht dazu benutzen, um deutsche Kultur in der Welt zu vernichten und so die Bahn für sich selber frei zu machen, dazu brauchen wir nicht einmal an Ostasien oder sonstige überseeische Gebiete zu denken, sondern haben nur nötig, uns immer die Vorgänge in den abgetretenen und besetzten deutschen Gebieten gegenwärtig zu halten. Politische Machtgeltung und kultureller Einfluß bedingen sich nun einmal gegenseitig, und ganz abgesehen davon, daß es für unser Volk gerade nicht eine verlockende Zukunft sein kann, wenn man ihm zumutet, die gleiche Rolle im angelsächsischen Weltreich zu übernehmen, wie sie die Griechen im römischen Reiche spielten, so muß selbst ein Graf Keyserling zugeben, daß davon heute keine Rede sein kann, „denn es gibt heute kein Griechentum, keine Kultur von absoluter Überlegenheit, die die Barbaren sich unterwirft".

Die richtigen Folgerungen daraus zu ziehen, vergißt leider Graf Keyserling, und um so mehr wollen wir es tun. Für uns bleibt wegweisend das Ideal, für das unsere Väter auf Frankreichs Feldern kämpften und starben, und das dann in mehr als vier Jahrzehnten herrliche praktische Folgen zeitigte, das Ideal des nationalen Machtstaates. Denn niemals galt in der Welt der deutsche Name mehr und öffneten sich in der Welt der deutschen Wirtschaft und Kultur bereiter die Pforten als in den Jahren, die zwischen Sedan und Versailles liegen. Wir würden schlechte Söhne unserer Väter sein und uns ihrer Opfer an Leben und Blut unwürdig erweisen, wenn wir von den Zielen, die sie unserm Vaterlande in nationaler und machtpolitischer Hinsicht steckten, ablassen wollten. Wir würden verdienen, unterzugehen oder ein dauerndes Sklavenjoch zu tragen, wenn wir uns anmaßen wollten, über unsere Vä-

*) Deutschlands wahre politische Mission. Darmstadt, Verlag Reiche, 1921.

ter und ihr politisches Streben hinausgewachsen zu sein und es als einen schwren Irrtum hinzustellen. Noch immer hat die Politik aus der Geschichte und nicht aus der Philosophie zu lernen gehabt, und es ist nicht einzusehen, warum seit der Novemberrevolution das anders geworden sein soll. Die Geschichte aber weiß nur davon, daß es sich bei einem Volke in allererster Linie immer um seine nationale Unabhängigkeit handelt und daß von dieser seiner machtpolitischen Geltung auch sein sonstiger Einfluß auf die Welt abhängig ist. Die Geschichte weiß auch nichts davon, daß bei den Völkern das Rechtsbewußtsein fortgeschritten ist und die Machtkämpfe zurückgedrängt hat. Der Weltkrieg, das Versailler Friedensdiktat, die Sanktionen und anderes mehr sind wenig dazu angetan, uns den Anbruch eines neuen Zeitalters lehren zu wollen und zu glauben, was unsere Feinde mit nicht geringem Erfolg dem deutschen Volke seit sieben Jahren ununterbrochen vorreden. Wir müßten denn das als ein wesentliches Anzeichen der neuen Zeit oder der neuen „Geschichtsperiode" ansehen, daß Frankreich, England, Amerika, Japan und auch all die kleineren Staaten sich bemühen, ihre politische Unabhängigkeit und ihren machtpolitischen Einfluß durch möglichst große Rüstungen zu Lande und zu Wasser sicherzustellen, während wir allein ohne Heer und Flotte dastehen und der Willkür der Feinde deshalb preisgegeben sind. Darum aber ist es vaterländische Pflicht für jeden, der eine neue bessere Zukunft des deutschen Volkes will, daß er mithilft, solchen geistigen Strömungen entgegenzutreten, wie sie durch die Keyserlingsche Schrift gekennzeichnet sind. Es gilt, unserem Volke Mut zu machen, in ihm den Glauben an eine bessere Zeit zu stärken, aber das kann nur so geschehen, daß wir fortfahren, den Weg zu beschreiten, den unsere Väter zu begehen anfingen. Nicht „der Verzicht auf Politik" läßt uns einem neuen Deutschland entgegensehen, sondern allein der feste Entschluß, unser Recht auf unsere Freiheit und nationale Selbständigkeit zu erkämpfen. Nur so werden wir aus den Trümmern des Baus, den unsere Väter errichteten, ein neues Bauwerk erstehen lassen können.

Dr. Stresemann über den Wert mittelständischer Arbeit.

In der Rede, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann am 25. August auf dem Verbandstage des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands hielt, führte er etwa folgendes aus:

Der Friede mit den Vereinigten Staaten von Amerika beendet auch den Kriegszustand mit dem letzten Staate, mit dem wir noch nicht in normalen Beziehungen waren. Damit wird formal der Friede der Welt hergestellt. Kann man aber nach dem Diktat des Friedens von Versailles wirklich von einem Weltfrieden sprechen? In der Weltwirtschaft ist alles auf den Kopf gestellt. Die Siegerstaaten leiden unter den Wirkungen der Umkehrung der Währungsverhältnisse wirtschaftlich ebenso wie wir. Wir können im Ausland nicht zahlen, ohne unsere Finanzen zu zerrütten, und das Ausland kann gegen unsere Ausfuhr nicht ankämpfen infolge seiner hohen Währung. Wenn englische Schriftsteller davon sprechen, daß Deutschland nach einem Jahre nicht mehr in der Lage sein werde, die Zahlungen aus dem letzten Ultimatum zu erfüllen, so steht dabei neben diesen finanziellen Betrachtungen wohl die wirtschaftliche Erwägung, daß die weitere Entwertung der Mark, die mit den deutschen Goldzahlungen verbunden ist, äußerst schädigend auf den Welthandel der Staaten mit hoher Valuta wirken muß. Wer die Weltwirtschaft wieder in normale Bahnen lenken will, damit wir nicht in ein wirtschaftliches Chaos geraten, der muß zunächst die Unmöglichkeiten des Versailler Diktates beseitigen und Deutschland zur Wiedergesundung verhelfen. Denn nur ein wirtschaftlich und politisch gesundes Deutschland kann den Damm bilden gegen die Wahnsinnsflut des Bolschewismus, die von Rußland heranrollt. Jenem Rußland, das der Welt gerade in der Gegenwart das tragische Beispiel eines Staats gibt, der durch lebensfremde Theorie politischer Demagogen in den Abgrund gerissen wird.

Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland erscheinen vielleicht dem oberflächlichen Beobachter als Wohlstand, in Wirklichkeit ist dieser Wohlstand ein trügerischer. Es fehlt uns der feste Untergrund normaler wirtschaftlicher Verhältnisse. An die Stelle ordnungsgemäßer Kalkulation tritt bei schwankenden Devisenkursen naturgemäß Spekulation. Der neue Reichtum, der in Deutschland entstanden, beruht nicht auf der Lebensarbeit eines Geschlechts, sondern vielfach auf skrupelloser Ausnutzung der Konjunkturmöglichkeiten. Die Entwertung unseres Geldes hat die besten Teile des Volkes, nämlich den geistigen Mittelstand, in seiner Lebensmöglichkeit bis zur bitteren Armut herabgedrückt. Geistiger und werktätiger Mittelstand stehen in inniger Wechselwirkung. Auf der praktischen Lebensarbeit der Väter, auf ihren durchwachten Nächten und ersparten Groschen baute sich ehemals die Möglichkeit des Studiums der Söhne und Enkel auf. Dieser gesunde Übergang, diese Erneuerung der Blutzufuhr im Volkskörper droht heute zu fehlen, wo die Möglichkeit der Einzelexistenz durch Staatswirtschaft, durch Verbraucher-Zusammenschluß und Kapitalkonzentration immer mehr eingeengt wird. Wir müssen verhüten, daß ein Deutschland entsteht, in dem es nur den konzentrierten Großbetrieb auf der einen Seite und abhängige Existenzen auf der anderen Seite gibt. Auch die genialen Führer der deutschen Wirtschaft sollten sich vor einer Überspannung dieser Konzentration hüten, durch die auch in der Industrie der Persönlichkeitsgedanke gegenüber der früheren Selbständigkeit der Leiter der Unternehmungen immer mehr herabgedrückt wird.

Dr. Stresemann sprach dann von der Bedeutung des alten Geistes des Handwerker- und Mittelstandes für die Erziehung des Volkes, über die Überwindung gesellschaftlicher Vorurteile durch den Grundsatz der Achtung jeder schaffenden Persönlichkeit, oft unter Hinweis auf Aussprüche unserer Dichter und Denker, namentlich auf Goethes Wilhelm Meisters Wanderjahren, und führte dann zum Schluß aus: Die Gegenwart ist bitter und trübe, aber wir sollen nicht in Resignation verfallen. Die Männer, die in Eisenach den Nationalverein für Deutschland begründeten, konnten auch nicht wissen, daß ihrem Sehnen nach deutscher Einheit einstmals Erfolg beschieden sein würde, und trotzdem hielten sie an ihrer Idee fest, die durch Bismarck so starke Erfüllung fand, daß selbst der Niederbruch im Weltkrieg den Gedanken der Reichseinheit nicht zu erschüttern vermochte. Seien wir uns aber auch darüber klar, daß wir den Wiederaufstieg Deutschlands nur erleben werden, wenn wir die Gegensätze in unserem Volke zu überbrücken vermögen. Die Sicherung der deutschen Zukunft wird nicht das Werk einer einzelnen Partei sein, sondern nur gelingen können, wenn alle staatserhaltenden Parteien unter Zurückstellung dessen, was in künftigen ruhigen Zeiten ausgefochten werden kann, sich zunächst einmal die Hand reichen zur gemeinsamen Arbeit.

Dr. Stresemann schloß mit einem Hoch auf die ehrliche deutsche Arbeit in Stadt und Land, in das die Versammlung einstimmte, die alsdann spontan in stürmische Zustimmungskundgebungen ausbrach und das Deutschlandlied sang.

Das Beamtentum im Mittelstand.

Von Kammergerichtsrat Dr. [illegible]ipary.

Nachstehend im Auszug wiedergegebene Ausführungen sind auf der Tagung des Christlichen Mittelstandes in Krefeld zum Vortrag gebracht. Sie enthalten eine wertvolle Darstellung über das Wesen und die Bedeutung des Beamtentums im Mittelstande, so daß wir uns entschlossen haben, sie hier kurz wiederzugeben. Die Schriftleitung.

In einer Mittelstandtagung hätte man früher ein Referat über Beamtenfragen nicht erwartet. Der Mittelstand, der, verdrängt auf der einen Seite durch den Großkapitalismus, auf der anderen durch die ihm grundsätzlich feindliche Sozialdemokratie, Berücksichtigung seiner Interessen forderte und für seine, für das Wohl des Staatsganzen hochbedeutsame Existenz kämpfte, war der freie Mittelstand der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Bauern. Die Beamtenschaft, und zwar die freie wie die im öffentlichen Dienst, stand mit ihren Interessen außerhalb dieser Gruppen. Als Lohnempfänger in vieler Hinsicht mehr den Arbeitern vrwandt als dem freien Mittelstande, — ich erinnere an die Bestrebungen für die Alters- und Invaliditätsversicherung der Angestellten, bei denen der Kampf um die Verschmelzungen mit den gleichen Einrichtungen für die Arbeiter noch nicht ausgekämpft ist — ragten sie auf der anderen Seite mit ihren Spitzen in die höheren Gesellschaftsschichten hinein, zu denen insbesondere die höhere Beamtenschaft immer gerechnet wurde. Immerhin hatte man sich seit vielen Jahren daran gewöhnt, von dem „neuen Mittelstande" zu sprechen, und verstand darunter das stets wachsende Heer der Beamten des Großhandels und der Großindustrie, das sich allmählich zu starken Verbänden zusammenschloß und seine politische Vertretung bei denselben Gruppen fand wie der selbständige Mittelstand. Abseits blieb die Beamtenschaft des Reichs und der Kommunen, die Beamtenschaft des öffentlichen Dienstes.

Das deutsche, insbesondere das preußische Beamtentum hatte sich seine soziale Stellung bis zum Kriege im wesentlichen bewahrt. Was galt für einen Aufstieg auf der sozialen Leiter, wenn der Sohn des Bauern und des Handwerkers Pfarrer, Oberlehrer oder Richter wurde. Ja, innerhalb derselben Bevölkerungsschicht fühlte sich nicht nur, sondern galt besonders im Osten der Beamte als der sozial Höherstehende. Titel und Orden hoben ihn über seine Klassengenossen hinaus. Aber dieser sozialen Höherstellung fehlte die wirtschaftliche Grundlage seit langem. Die Titel und Orden, die sozialen Vorrechte waren ein Teil der Besoldung, die Reich und Staat ihren Beamten gewährten. Die sog. Alimentationstheorie, d. h. der Gedanke, daß der Staat nicht die von den Beamten geleistete Arbeit bezahlte, sondern ihnen das für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien bis an ihr Lebensende, auch über die Dienstfähigkeit hinaus gewährte, hatte nicht gehindert, daß von einer standesgemäßen Alimentation nicht mehr die Rede sein konnte. Hatte in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch der Beamte die Lebenshaltung seiner Klassengenossen führen können, so war allmählich ein immer tieferes Herabsinken erfolgt, das man vor dem Kriege für die höheren Beamten auf 50 Prozent berechnet hat. Dem wachsenden Reichtum des Landes, der eine bessere Lebenshaltung allen Klassen der Bevölkerung, nicht zuletzt den Arbeitern gestattete, dem sinkenden Geldwert waren die Erhöhungen der Beamtengehälter nur zögernd und unvollkommen gefolgt. Die damit immer schwieriger werdende wirtschaftliche Lage der Beamten hatte vielfach zum Zusammenschluß zu Verbänden, oft genossnschaftlicher Art, geführt. Ebenso wie die Arbeiter durch ihre Konsumvereine ihre Lebenshaltung verbilligen wollten, vereinigten sich an vielen Orten Beamte zu Wirtschaftsgenossenschaften, die teils die Beamten einer Be-

hörde teils darüber hinaus verschiedene Beamtenarten und Kategorien aufnahmen. Teilweise neben diesen wirtschaftlichen Verbänden, teilweise in ihnen organisierten sich Beamte zur Wahrung ihrer Standesinteressen. Größere Bedeutung gewannen diese Organisationen kaum. Ihr Einfluß auf die Beamtenpolitik der Regierung war gering, der breiteren Öffentlichkeit blieben sie unbekannt. In der höheren Beamtenschaft wurden sie fast allgemein abgelehnt. Als im Jahre 1907 unter dem Eindruck der sich häufenden Angriffe gegen den Richterstand der Preußische Richterverein gegründet wurde, gelang es ihm nur, einen kleinen Teil der Richter zusammenzuschließen, und er wurde in den Kreisen der höheren Verwaltungsbeamten als „Richtergewerkschaft" gebrandmarkt, obgleich er satzungsgemäß alle wirtschaftlichen Bestrebungen ausschloß. Kein Wunder, daß die Beamtenschaft außerhalb der Mittelstandsbewegung blieb.

Das Bild verändert sich vollständig mit der staatlichen Umwälzung. Auf der einen Seite hatte sich die wirtschaftliche Notlage der Beamten während des Krieges außerordentlich verschärft. Während weite Kreise der Arbeiterschaft es verstanden hatten, ihre Löhne den steigenden Preisen anzupassen, wenn vielleicht sogar die Teuerung erst durch die infolge des sogenannten Hindenburgprogramms gezahlten hohen Löhne ihre bedrohliche Steigerung erfahren hatte, mußten sich die Beamten mit lächerlich geringen Teuerungszulagen zu ihren schon unzureichenden Friedensgehältern begnügen. Auf der anderen Seite war die Regierung verschwunden, von der man, insbesondere nachdem der Finanzminister Hergt zum ersten Male im Jahre 1918 vor der Festsetzung neuer Teuerungszulagen die Beamten gehört hatte, jedenfalls immer mit Sicherheit ein Eintreten für die Beamten und ihre gesetzlichen Rechte erwarten konnte. Von den neuen Männern befürchtete man in Ausführung des Erfurter Programms die Beseitigung der Grundrechte der Beamten, insbesondere der lebenslänglichen Anstellung. Zwar erkannten die neuen Machthaber sofort, daß sie das alte Beamtentum brauchten, wenn nicht das ganze Staatswesen zugrunde gehen sollte, daß das Staatswesen zunächst in den alten Bahnen von kundigen Leuten weiter gelenkt werden mußte, wenn es weiter leben sollte, und beeilten sich, den Beamten zu versichern, daß ihre Rechte unangetastet bleiben sollten. Aber das Mißtrauen war geweckt und wurde auch dadurch nicht beschwichtigt, daß die wohlerworbenen Rechte der Beamten durch die Reichsverfassung gewährleistet wurden. Die Folge war, daß der Organisationsgedanke nunmehr die gesamte Beamtenschaft erfaßte. Die bestehenden Organisationen bildeten sich nach gewerkschaftlichem Muster um, neue Organisationen entstanden. Einige Zeit schien es, als wenn es gelingen würde, die gesamte Beamtenschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage zu einen. Im Deutschen Beamtenbunde schlossen sich alle Gewerkschaften zusammen. An dieser Organisation der Beamtenschaft konnte die Regierung nicht vorbeigehen. Durch ihre bloße Existenz erzwang sie sich ihre Heranziehung bei allen die Beamtenschaft angehenden gesetzlichen Maßnahmen. Auf die Gründe, die die Spaltungen im Deutschen Beamtenbunde herbeiführten, zuerst der Bund höherer Beamten, dann der Richterverein, einzugehen, ist hier nicht der Ort. Aber auf eines sei hingewiesen, weil es zu einer grundsätzlichen Feststellung führt.

Die Sozialdemokratie will Arbeiter, Angestellte und Beamte als Lohnempfänger zusammen erfassen, sie will Unterschiede zwischen ihnen nicht anerkennen und sie glauben machen, daß ihre Interessen völlig die gleichen sind und daß auch ihre Kampfmittel die gleichen sein müssen. Von diesem Gedanken aus haben die freien Gewerkschaften, hat der Allg. Gewerkschaftsbund den Deutschen Beamtenbund zu beeinflussen gesucht und besonders in den Tagen des Kapp-Putsches merklich beeinflußt, so daß er in den Aufrufen in Berlin neben den freien Gewerkschaften, neben der Afa und neben den sozialistischen Parteien figurierte. Dieser Standpunkt ist falsch. Der Beamte steht nicht dem Staate gegenüber wie der Arbeiter dem Arbeitgeber. Er hat sich mit seiner ganzen Persönlichkeit auf seine Lebenszeit dem Staate zu eigen gegeben, während der Staat auf der anderen Seite sich verpflichtet hat, ihn bis an sein Lebensende zu unterhalten. Der Staat ist nicht etwas dem Beamten Fremdes, der Beamte verkörpert vielmehr innerhalb seiner amtlichen Befugnisse die staatliche Autorität. Das tritt bei den Beamten der Betriebsverwaltungen nicht so in die Erscheinung wie bei den Staatshoheitsverwaltungen, es gilt abr auch bei ihnen. Deshalb ist ein Beamtenstreik ein Unding. Ich schließe daraus aber weiter, daß jede Beeinflussung der Beamtenorganisationen durch die Arbeitergewerkschaften zu verwerfen ist. Ich weiß, daß nicht nur die freien Gewerkschaften diesen Einfluß suchen, sondern auch der Deutsche Gewerkschaftsbund. Auch die sog. nationalen Arbeiter suchen ihn durch den neugegründeten nationalen Beamtenverein. Ich warne vor solchen Versuchen auch die Angestelltenorganisationen — und deshalb erwähne ich sie hier —, Angestellte und Beamte können gewiß weite Strecken miteinander gehen. Sie können sich gegenseitig in ihren Bestrebungen unterstützen und fördern. Aber ihre Existenzgrundlagen sind verschiedene, ihre Stellung im staatlichen Organismus ist verschieden, ihre Kampfmittel müssen verschieden sein. Deshalb lasse man die Organisationen der Beamten selbständig und umgekehrt, damit wird allen am besten gedient sein.

Was wollen nun die Beamtenorganisationen? Sie wollen auf der einen Seite die Sicherung ihrer besonderen Beamtenrechte, insbesondere der lebenslänglichen Anstellung. Diese Rechte sind keineswegs kampflos gesichert. Noch steht die Sozialdemokratie auf dem Boden des Erfurter Programms, das die Wählbarkeit und die Anstellung auf Kündigung bei allen Beamten fordert. Schon das Altersgrenzengesetz hat nach der Ansicht vieler das wohlerworbene Recht der zur Zeit angestellten Beamten auf Gehalt bis zur Dienstunfähigkeit verletzt. Sie fordern weiter den zeitgemäßen Ausbau des Beamtenrechts, insbesondere durch verfassungsmäßig gewährleistete Beamtenvertretungen und durch eine Reform des Disziplinarrechts. Sie wollen gehört werden vor dem Erlaß von Gesetzen, die ihre Stellung und ihre Tätigkeit berühren. Ihre Aufgabe ist auf der anderen Seite die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten. Die geltenden Besoldungsgesetze bilden in dieser Beziehung keinen Abschluß. Nur wenig ist es bekannt, wie ungünstig die wirtschaftliche Lage der Beamten ist. Haben die Arbeiter ihre Löhne auf das Zehn- bis Zwölffache erhöht, haben weite andere Bevölkerungsklassen ihre Einnahmen dem gesunkenen Geldwert mehr oder weniger anzupassen vermocht, so ist das Diensteinkommen der unteren Bamten auf das Sieben- bis Achtfache, daß der mittleren auf das Fünf- bis Sechsfache, daß der höheren nur auf das Drei- bis Vierfache gestiegen. Die Not der Beamten in den teuren Gebieten wie hier am Rhein ist erschreckend. Bis in die höheren Gehaltstufen hinein sind sie zu entwürdigender Nebenarbeit gezwungen. Für die höhere Beamtenschaft zumal besteht die Gefahr, daß sie sich geistig nicht auf der bisherigen Höhe halten kann. Die Anschaffung von Büchern ist fast unmöglich, jede Fortbildung schwer gefährdet. Was es bedeutet, wenn selbst bei den Obergerichten ein Teil der Richter keine wissenschaftliche Zeitschrift, ja nicht die Entscheidungen des Reichsgerichts mehr hält, weil sie ihnen zu teuer geworden sind, kann nur der ermessen, der selbst in dem Betriebe steht.

Jedes wirtschaftliche Leben setzt ein geordnetes, gut geleitetes Staatswesen voraus. Träger dieses Staatswesens sind die Beamten. Was die Beamtenschaft in Deutschland bedeutet, hat die Revolution gezeigt. Wenn wir durch die Stürme der ersten Revolutionszeit hindurchgekommen sind, ohne völlig zusammenzubrechen, wenn verhältnismäßig schnell wieder ruhige Verhältnisse eingetreten sind, so ist das, glaube ich, zum nicht geringen Teil dem Umstande zu danken, daß die Beamtenschaft, vielfach unter Zurückstellung ihrer Gefühle, ihre Arbeit unverdrossen weiter geleistet hat, daß Verwaltung und Rechtspflege ihren geordneten Gang weiter gegangen sind. Voraussetzung aber dafür, daß die Beamtenschaft ein nützliches Glied des staatlichen Organismus ist, ist eine gute Vorbildung und wirtschaftliche Sicherstellung. Nach beiden Richtungen ist bei uns gesündigt worden. Daß die Ministerstellen von den politischen Parteien besetzt werden, ist eine Folge des parlamentarischen Systems. Daß aber auch die nachgeordneten Stellen nach politischen Gesichtspunkten besetzt werden, daß Männer ohne die erforderliche Vorbildung in die Stellen hineinkommen, ist nicht nötig und gefährdet die Verwaltung. Gerade die besten Elemente drängen heute aus dem Staatsdienst hinaus, in dem sie fürchten, keine ihren Fähigkeiten entsprechende Laufbahn machen zu können. Gegen 4000 Assessoren am Kriegsende hat die Justizverwaltung jetzt 1200. Der Verwaltung fehlt fast die Hälfte ihrer Referendare. Tüchtige Magistratsassessoren sind kaum noch zu bekommen, kein Wunder, nachdem man z. B. in Berlin die gelernten Stadträte entfernt hat und sie durch Gewerkschaftssekretäre, Krankenkassenbeamte usw. ersetzt hat. Die schwerste Gefahr aber ist ein notleidendes Beamtentum. Wenn wir mit Schrecken gesehen haben, daß die Unbestechlichkeit unseres Beamtentums, die für uns selbstverständlich war, im Kriege und nach dem Kriege vielfach verloren gegangen war, wenn die Zahl der Diebstähle und Unterschlagungen bei Post und Eisenbahn uns mit Schrecken erfüllt, so liegt die Schuld dafür überwiegend daran, daß die Regierungen es nicht verstanden haben, von der Beamtenschaft die bitterste Not fern zu halten. Gewiß belasten die Beamtengehälter den Staatshaushalt in schwerster Weise, und es ist die größte Sparsamkeit auch hier am Platze. Sie muß sich aber darin zeigen, daß unser viel zu großes Beamtenheer vermindert wird. Dabei wäre von oben bei den Ministerien anzufangen, die sich an Zahl und Umfang dauernd vermehrt haben, ohne dadurch gerade Besseres zu leisten. Wenige, aber gutbezahlte Beamte, muß die Forderung sein, die immer wieder erhoben werden muß.

Mit ihren Organisationen ist die Beamtenschaft in die Front für den Kampf um die deutsche Wirtschaft eingetreten. Sie bietet den unteren Kreisen des Mittelstandes, mit dem sie in weitem Umfange gleiche Interessen hat, ihre Mitarbeit an. Sie bittet aber auch darum, in ihrem Existenzkampfe von den Organisationen des freien Mittelstandes unterstützt zu werden mit dem Bewußtsein, daß ein gesundes, leistungsfähiges Beamtentum eine der ersten Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen Gesundung ist.

„Den Finger drauf."

Wofür die Roten Geld übrig haben.

In der „Roten Fahne" lesen wir:

Unter der Spalte „Proletarische Solidarität" auf der dritten Seite der Morgenausgabe vom Dienstag teilten wir mit, daß die Arbeiter der N. A. G. Oberschöneweide ein Auto mit Anhänger im Werte von 135 000 M. für Sowjetrußland gestiftet „haben". Es muß aber nicht heißen: haben, sondern „beabsichtigen". Die Verhandlungen schweben noch, und versucht die Arbeiterschaft aller Parteien, die Höhe der Summe ermäßigen zu können.

Proletarische Steuern für Sowjetrußland in Gestalt eines Autos. Man hat's ja dazu.

Sozialdemokratische Vornehmheit.

Die unerhörten Vorfälle in Zeitz, deren Opfer der allgemein verdiente und verehrte General von Lettow-Vorbeck, der berühmte Führer unserer Truppen in Deutsch-Ostafrika, geworden ist, läßt das Anstandsgefühl der Sozialdemokraten und ihre Auffassung vom Begriff der Demokratie in einem merkwürdigen Licht erscheinen. Politische Demonstrationen mit Gegendemonstrationen zu beantworten, die unweigerlich zu gewaltsamen Zusammenstößen führen müssen, ist sicherlich kein Mittel, Andersdenkende zu der eigenen Auffassung zu bekehren. Das aber, nämlich die Bekehrung Andersdenkender durch Überredung und Beibringung überzeugender Beweise, ist die einzige Art, wie reife Leute im Sinne wahrer Demokratie politische Arbeit leisten. Damit, daß man die Massen auf die Straße ruft und zu Gewalttaten aufhetzt, um den politischen Gegner am Sprechen und somit am Darlegen der eigenen Überzeugung zu verhindern, überzeugt man niemanden von der Richtigkeit der eigenen Auffassung. Roheit und Gewalt sind von jeher herzlich schlechte Bundesgenossen — das sollten die Sozialdemokraten allmählich wenigstens lernen.

*

Das Muster eines Volksvertreters.

Der U.S.P.-Abgeordnete im oldenburgischen Landtag Kieselhörst-Nordenham, der zugleich Mitglied des dortigen Stadtrats ist, hat ihm anvertraute Verbandsgelder in der Höhe von etwa 30 000 Mark unterschlagen. Kieselhorst war Geschäftsführer des Transportarbeiterverbandes. Das Vorkommnis ist ein erneuter Beweis dafür, wie sehr für die Arbeiterführer jener Sorte der Kampf gegen die Ausbeutung ein Mittel ist zur eigenen Bereicherung.

*

Sozialdemokratische „Meinungsfreiheit".

Der Vorsitzende der Sektion „Seeleute" des Transportarbeiterverbandes in Hamburg, Paul Müller, hatte wegen seiner Stellungnahme für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge seine gewerkschaftlichen Ämter niedergelegt. Nunmehr hat er auch seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklärt, da ihm in einem Schreiben der Hamburger Parteileitung eine „Beschimpfung der Farben der Republik" und „parteigenössische Ehrlosigkeit" vorgeworfen worden war. In seinem Antwortschreiben sagt er:

„Ich kann und will einer Partei nicht angehören, die das Recht der freien Meinungs- und Willensäußerung nicht respektiert. Nachdem ich festgestellt habe, daß diese „demokratische" Partei mit ihren führenden Kreisen und mit ihrer Presse drauf und dran ist, nicht nur das freie Wort zu unterdrücken, sondern auch den Geist zu ertöten, würde ich es als Heuchelei betrachten, wenn ich dieser Partei noch ferner angehören würde."

Paul Müller ist nicht der einzige, der geht. Auch die schärfste Parteidisziplin, der strengste Gesinnungszwang wird auf die Dauer nicht die Selbstbesinnung weiter Arbeiterkreise aufhalten, ebenso wie die Erkenntnis von der „Knechtschaft der Partei".

Aus der Partei.

Parteitag der Deutschen Volkspartei des 20. Wahlkreises.

Bekanntlich findet am 17. und 18. September in Lüdenscheid der in der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 13. Mai beschlossene diesjährige Parteitag unserer Partei des Wahlkreises Westfalen-Süd statt. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die geplante Veranstaltung bekannt:

Samstag, den 17. September:

10 Uhr vorm.: Sitzung des geschäftsf. Ausschusses.
3,30 Uhr nachm.: Sitzung des Hauptvorstandes.
3,30 Uhr nachm.: Sitzung des Jugendausschusses.
6 Uhr nachm.: Sitzung des Privatangestellten-Ausschusses.
6 Uhr: Sitzung der Arbeiter.
6 Uhr: Sitzung des Frauen-Ausschusses.
6 Uhr: Sitzung der Beamten.
6 Uhr: Sitzung der Handwerker und Kleingewerbetreibenden.
6 Uhr: Sitzung der Landwirte.
6 Uhr: Sitzung der Stadt- und Gemeindeverordneten.
6½ Uhr abends: Freie Bewirtung der Jugendgruppen.
8 Uhr abends: Fackelzug zur Bismarcksäule, dortselbst Jugendweihestunde und Bannerweihe.
9 Uhr abends: Begrüßungs-Abend.

Sonntag, den 18. September:

10 Uhr vorm.: Vertreterversammlung.
1. Bericht über Tätigkeit im Wahlkreise.
2. Politische Lage.
3. Wirtschaftsfragen:
   a) Wirtschaftliche Folgen des Ultimatums.
   b) Industrie.
   c) Landwirtschaft.
   d) Arbeiter.
   e) Mittelstand und Handwerk.
   f) Beamte und Angestellte.
   g) Frauenfragen.
   h) Kulturfragen.

5 Uhr nachm.: Große öffentliche Versammlung.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, ist das Programm ein reichhaltiges und interessantes. Die Ortsgruppen werden gebeten, möglichst viel Vertreter nach Lüdenscheid zu entsenden. Ein Besuch der Besprechungen der einzelnen Berufsgruppen am 17. Sept. ist, da in diesen Parlamentarier referieren, sehr empfehlenswert. Die Teilnehmer an diesen Besprechungen müssen sich durch Mitgliedskarte oder Ausweis der betr. Ortsgruppen ausweisen, für die anderen Veranstaltungen werden besondere Einlaßkarten ausgegeben.

Von der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, erhalten die namhaft gemachten Vertreter weitere Auskunft

*

Handwerk und Lehrlingswesen.

Die Handwerker-Kommission der D. V. P. zu Jauer nahm Stellung zu dem Gesetzentwurf über Neuorganisation des Handwerks, insbesondere Neuregelung des Lehrlingswesens, und faßte folgende Entschließungen:

Da die Gewerkschaften den Lehrvertrag in einen Lohnvertrag umändern und so das Erziehungs- zu einem Arbeitsverhältnis machen wollen, würde das selbständige Handwerk schwer zu leiden haben, die Autorität des Meisters untergraben und die vielseitige Ausbildung des Lehrlings vollkommen in den Hintergrund treten, da infolge des tarifmäßigen Lohnes eine einseitige Ausbildung stattfinden müßte.

1. Wir fordern darum, daß der Lehrvertrag in seiner bisherigen Form als Erziehungsverhältnis bestehen bleibt und nicht ein Lohnvertrag daraus gemacht wird.

Die Gehilfenverbände streben durch Gesetzentwurf an, die Zahl der Lehrlinge, die ein Meister halten darf, in der Weise festzusetzen, daß auf den Meister und einen Gesellen je ein Lehrling entfällt. Da hierdurch das Bedürfnis der schulentlassenen Jugend, einen Handwerksberuf zu ergreifen, nicht erfüllt werden kann, wäre es ganz widersinnig, einem solchen Gesetz zuzustimmen, ganz abgesehen davon, daß es für das Handwerk selbst überaus schädliche Folgen haben würde.

2. Wir fordern daher, daß für den Meister zwei Lehrlinge frei sind, und daß nach Möglichkeit dem Meister in allen Lehrlingsfragen, Erziehung und Ausbildung betreffend, freie Hand gelassen wird.

*

Die Deutsche Volkspartei und das Handwerk.

Das Handwerk ist in der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion der D. V. P. vertreten durch folgende aus dem Handwerkerstande hervorgegangene Mitglieder: Malermeister Havemann, Hildesheim, (Klempnerobermeister Tuch-Leipzig †), Klempnerobermeister Mulack, Maurermeister Moritz, Malermeister Bayer, Bäckerobermeister Becker, Malerobermeister Stolberg, Schornsteinfegermeister Senator Freundel, Malermeister Hemming.

*

Die Deutsche Volkspartei und Kleinhandel.

Der Kleinhandel ist in der Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion besonders vertreten durch Verbandsdirektor Senator Beythien-Hannover, Geschäftsinhaber Stadtrat Findeisen-Plauen, Kaufmann Engberding-Münster, Kaufmann Dr. Kulenkampf-Magdeburg, Kaufmann Dauch, Hamburg, Syndikus Dr. Richter-Weimar und Syndikus Dr. Hugo-Schöneberg.

*

Zu der Beamtentagung der Deutschen Volkspartei,

die am 3. und 4. September in Berlin stattfindet, liegen zahlreiche Anmeldungen aus allen Wahlkreisen vor. Die reichhaltige Tagesordnung zeigt, daß alle wichtigen Fragen der Beamtenpolitik erörtert werden: neben der Tätigkeit der Beamtenvertreter der Deutschen Volkspartei in Reichstag und Landtag die Reform des Disziplinarrechts, das Sperrgesetz, das Ortsklassenverzeichnis, die Beamtenvertretungen, die Lage der Beamten im besetzten Gebiet, endlich die Organisation der Beamtenschaft in den Berufsverbänden und in den Parteien.

*

Sitzung der weiblichen Abgeordneten.

Die weiblichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei treten am 4. September in Weimar zu einer zweitägigen Besprechung zusammen. In dieser werden wichtige Fragen der parlamentarischen Arbeit sowie Organisationsfragen erörtert werden.



Weidenau.

Die Ortsgruppe macht alle Mitglieder nochmals auf die am Dienstag, dem 6. September, 8 Uhr abends im Hotel Patt stattfindende Versammlung aufmerksam. Die Vertreter des gewerblichen Mittelstandes, der Innungen und des neugegründeten Gewerbevereins wie die Vertreter der Industrie werden hierdurch wiederholt gebeten, sich an der Aussprache über das Verhältnis von Industrie und Mittelstand innerhalb des Ortsrahmens unserer Partei möglichst zahlreich zu beteiligen. Herr Klingspor und Herr Nitschke werden sprechen über „Die Deutsche Volkspartei und der gewerbliche Mittelstand."

Die Bezirksvorstände werden gebeten, die noch notwendigen Ergänzungen für ihre Vorstände und Vertrauensmänner vorzunehmen, und am 6. 9. die Listen vorzulegen.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5½, sämtlich in Siegen.

Deutsche Volkspartei

Ortsgruppe Weidenau

ladet nochmals zu ihrer

Monats-Versammlung

am Dienstag, dem 6. September, abends 8 Uhr,
im Hotel Patt ein.

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Bezirksvorstände.
2. Verschiedenes.
3. Vortrag des Kreisvorsitzenden Klingspor und des Geschäftsführers Nitschke über:

Die Deutsche Volkspartei und der gewerbliche Mittelstand.

4. **Aussprache.**

Wir bitten hierdurch nochmals die Vertreter der Innungen und des Gewerbevereins, sowie die Vertreter der Industrie um besonders rege Beteiligung an der Aussprache und um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

Der Vorstand.

Burmeister & Horn
G. m. b. H.
Eisen-Großhandlung
Herne i. W.
Drahtanschrift: Eisenhandel Fernsprecher 92, 93 u. 94

Stabeisen, I- u. U-Eisen, Bleche, Bandeisen, Schrauben, Nieten, Röhren usw.
Prompte Lieferung ab Werk und Lager.

Anfragen erbitten wir an unsere Verkaufs-Firma:
Ernst Giesler & Co.
Kreuztal (Kreis Siegen)
Fernsprecher 108.

Ia. Weizenmehl,
60% ausgemahlen, liefert in kleineren Sendungen von 20, 30, 40 und 50 Pfund an [†443
Joseph Meyerhoff, Wolfhagen, Bez. Kassel.
— — Streng reelle Bedienung. — —

Lohnbeutel
Karteikarten
Anhänger aus Metall u. Karton
Kontrolluhr-Karten
fertigt als Sonder-Artikel die
Papierwaren-Fabrik
Wilh. Winckel, Berleburg i. W.

Stroh Heu
liefert jederzeit in Waggonladungen nach jeder Station zu billigsten Preisen
Adolf Priwin, Berlin N. W. 87
†597] **Wullenweberstr. 3.**
Telegrammadresse: Priwinolf, Berlin.
Telephon Moabit Nr. 2870 und 1351.

„Der Beobachter"
ist in

Siegen	Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Siegen	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Kreuztal	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Erndtebrück	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Altena i. W.	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Letmathe	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Neheim-Hüsten	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Finnentrop	Bahnhofsbuchhandlung Montanus

käuflich zu haben.

Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. **Preis 30 Pfennig.**

Fenster- Roh-Draht- Spiegel- Flachglas jeder Art Glas
liefern
Denzer & Wurm G. m. b. H.
Marienborner Strasse 10 **Siegen** am Bahnhof Hain
Fernruf Nr. 1433.

Das D. V. P.-Nachrichtenblatt

muß in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingeschriebene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5,40 M. einschl. Bestellgeld.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich zum vierteljährlichen Bezugspreise von

Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die Wochenschrift

„Der Beobachter"
(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem

Universal-Eisenlack

— — — gestrichenen Materialien. — — —

Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.

Preis: Im Faß Mark 5.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 5.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.

Wennemar Gatermann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).